

Titel der Drucksache:

Rechte Gewalt

Drucksache

1807/12

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung
Stadtrat	26.09.2012	öffentlich

Anfrage nach § 9 Abs. 2 GeschO

Anfrage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach Pressemeldungen haben Vertreter von 2 Vereinen öffentlich gemacht, dass es „in Erfurt ein Problem mit rechter Gewalt“ gebe. Damit war sowohl die Zahl entsprechender Vorfälle wie auch der Umgang der Stadt und der Polizei mit entsprechenden Gewalttaten gemeint. Der jüngste brutale Überfall von Neonazis auf Besucher des Kunsthauses belegt, dass diese Vorwürfe offensichtlich nicht völlig substanzlos sind. Der in 2 Jahrzehnten erworbene und gefestigte Ruf der Landeshauptstadt als liebens- und lebenswerte, tolerante Universitätsstadt, in der man sicher leben kann, steht auf dem Spiel.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie:

1. Trifft die zitierte Aussage zu, dass Erfurt „ein Problem mit rechter Gewalt“ hat?
2. Wenn ja, auf welchen Vorkommnissen und Erkenntnissen gründet sie und welche Maßnahmen sind ergriffen worden bzw. werden (wann?) ergriffen, um zu gewährleisten, dass **alle** Bürger Erfurts wieder sicher und ohne Angst vor (politisch motivierten) Gewalttaten im öffentlichen Raum leben können?
3. Wenn nein, auf welchen Erkenntnissen und Einschätzungen beruht Ihre abweichende Auffassung und wie wollen Sie den nach Ihrer Auffassung zu Unrecht beschädigten Ruf unserer Stadt wieder herstellen?

Anlagenverzeichnis

13.09.2012, gez. Hutt
Datum, Unterschrift

Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Erfurt . Der Oberbürgermeister . 99111 Erfurt

CDU-Fraktion
im Erfurter Stadtrat
Herrn Hutt
Fischmarkt 1
99084 Erfurt

Drucksache 1807/12 Recht Gewalt
Ihre Anfrage nach § 9 Abs. 2 GeschO - öffentlich

Journal-Nr.:

Sehr geehrter Herr Hutt,

Erfurt,

Ihre Fragen zur o. g. Drucksache beantworte ich wie folgt:

1. Trifft die zitierte Aussage zu, dass Erfurt „ein Problem mit rechter Gewalt“ hat?

In den letzten Wochen standen das Land Thüringen und seine Landeshauptstadt vielfach mit Negativschlagzeilen in der Presse. Der NSU-Skandal beschäftigt die ganze Bundesrepublik und zieht immer weitere Kreise und in diesem Zusammenhang wurde und wird insb. auch der Übergriff rechtsextremer Jugendlicher auf Besucher des Kunsthauses thematisiert – und das nicht nur in der regionalen Presse.

Ob und inwieweit wir von einem „Problem mit rechter Gewalt“ sprechen können, lässt sich nicht pauschal mit ja oder nein beantworten. Fakt ist, dass rechte Gewalt in den letzten Wochen verstärkt thematisiert wird. Inwieweit politisch motivierte Gewalttaten rechtsextremer Gruppierungen zugenommen haben, mag ich nicht zu beurteilen, das ist Aufgabe der Polizei. Aber es ist mir wichtig, die vorgebrachten Ängste der Erfurterinnen und Erfurter ernst zu nehmen.

Stadtverwaltung und Stadtrat haben in der Vergangenheit gemeinsam mit Aktionen wie „Gesicht zeigen“ oder „Gegen Rechts ist Logo“ öffentlich Bekenntnis abgelegt. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Wichtig ist, dass wir durch unser Bekenntnis die bürgerliche Mitte erreichen und ermutigen, sich ebenso öffentlich zu bekennen. Vereine wie Mobit e. V. und Maßnahmen wie der Lokale Aktionsplan, dessen Auftaktveranstaltung am 06.09.2012 auf große Resonanz stieß, sind uns dabei eine wichtige Hilfe.

2. Wenn ja, auf welchen Vorkommnissen und Erkenntnissen gründet sie und welche Maßnahmen sind ergriffen worden bzw. werden (wann?) ergriffen, um zu gewährleisten, dass alle Bürger Erfurts wieder sicher und ohne Angst vor (politisch motivierten) Gewalttaten im öffentlichen Raum leben können?

Leider ist es keiner Stadtverwaltung möglich, die Sicherheit aller Bürger einer Stadt zu gewährleisten. Wir können die Menschen nur aufklären, sensibilisieren und mit ihren Sorgen und Nöten ernst nehmen. Einfluss auf die Polizeiarbeit, die im öffentlichen Raum für Ordnung und Sicherheit sorgt, hat eine Stadtverwaltung nicht.

3. Wenn nein, auf welchen Erkenntnissen und Einschätzungen beruht Ihre abweichende Auffassung und wie wollen Sie den nach Ihrer Auffassung zu Unrecht beschädigten Ruf unserer Stadt wieder herstellen?

Ich denke nicht, dass der Ruf der Stadt Erfurt nachhaltig beschädigt ist. Die Berichterstattung in den lokalen und überregionalen Medien war sehr sachlich. Darüber hinaus war sie der Aufklärung bezüglich rechter Gefahren eher dienlich, denn sie hat gezeigt, dass man sich auf dem Erreichten nicht ausruhen darf und wir als Verwaltung und Stadtrat auch zukünftig klar Position gegen Rechts beziehen müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Bausewein